



Kekse verpacken bei Bahlsen: „Da braucht man kein Hirn.“

IMAGO IMAGES

„Man muss dranbleiben, sonst hat man verloren“

Wie beendet man Lohndiskriminierung? Betriebsratschefin Manuela Haase erklärt, wie sie beim Kekshersteller Bahlsen gleiche Bezahlung für Frauen und Männer durchsetzt

Anfang November gab es für die Arbeitnehmerschaft des Keksherstellers Bahlsen Grund zum Jubeln: Der Betriebsrat des Werks Varel nahe Wilhelmshaven erreichte den ersten Platz beim Deutschen Betriebsräte-Preis. Die Begründung der Jury, die sich vor allem aus hochrangigen Mitgliedern verschiedener Gewerkschaften zusammensetzt: „Mit dem Ziel ‚gleicher Lohn für gleiche Leistung‘ engagierte sich die Interessenvertreter hartnäckig dafür, dass Frauen für ihre Tätigkeiten dieselben Eingruppierungen erhalten wie ihre männlichen Kollegen.“ Manuela Haase leitet den Betriebsrat des Werks Varel und den Gesamtbetriebsrat von Bahlsen. Im Gespräch mit der Frankfurter Rundschau erklärt sie, wie sie ihre Ziele bei Bahlsen durchgesetzt hat und was es in der Süßwarenindustrie noch zu tun gibt.

Frau Haase, ist die Freude über die Auszeichnung mit dem Deutschen Betriebsräte-Preis bei Ihnen groß?

Ja, wir haben uns sehr darüber gefreut – und dann war es ja gleich die „Goldmedaille“, das hatten wir gar nicht erwartet, denn auch die anderen Betriebsräte hatten ja tolle Erfolge vorzuweisen. Besonders schön fand

ich, dass auch der zweite Platz an ein eher kleines Unternehmen ging, an die Hüttenwerke Königsdamm. Es wird also nicht nur die Arbeit der Betriebsräte in großen Firmen gewürdigt.

Sie sind seit dem Jahr 2010 Betriebsratsvorsitzende im Werk Varel. Welche Umstände waren es, die Sie dann in den „Kampf für gleiche Bezahlung von Frauen und Männern geführt haben? Damals haben noch etwa doppelt so viele Frauen wie Männer im Werk Varel gearbeitet, das ist heute anders. Die Frauen wünschten sich endlich mal eine Frau an der Spitze ihrer Arbeitnehmervertretung. Der Betriebsratsvorsitz – das ist leider bis heute eine Männerdomäne in Deutschland.

Ja, bin dann relativ schnell an das Thema gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit rangegangen. Denn 2010 wurden wir vor die Wahl gestellt: Automatisierung der Produktion oder der Standort wird geschlossen. Bis dahin standen die Frauen am Band und verpackten die Kekse. Sie wurden immer in die unterste Tarifgruppe A des Tarifvertrags der Süßwarenindustrie eingruppiert. Begründung war platt gesagt: Das sind einfache Arbeiten, da braucht man kein Hirn, nur Geschicklichkeit.

Die Männer dagegen hieften die Kartons auf die Paletten und wurden dafür in Tarifgruppe C einsortiert. Das waren brutto etwa 200 Euro mehr im Monat.

Braucht man denn fürs Heben der Paletten – ebenfalls platt gesagt – mehr Hirn als fürs Einpacken der Kekse?

Nein, natürlich nicht. Im Jahr 2012 kamen dann die ersten Maschinen. Die Frauen bedienten

ZUR PERSON



Manuela Haase, 59, ist seit 2010 Betriebsratsvorsitzende des Werks Varel beim Kekshersteller Bahlsen. Seit 2012 ist sie auch Gesamtbetriebsratsvorsitzende des Unternehmens. Sie arbeitet bereits seit 1990 für Bahlsen, das seinen Hauptsitz in Hannover hat und etwa 2700 Menschen beschäftigt. Zunächst war Haase Packerin und verpackte Kekse, später machte sie die Bandoaufsicht. Seit 1996 war sie dann im Qualitätsmanagement des Unternehmens tätig. nl

der unser vier jährlichen Betriebsversammlungen angesprochen.

Wie kam das denn bei den männlichen Kollegen an?

Sehr gut, wir haben da viel Unterstützung von den Männern bekommen.

War das Thema ungleiche Bezahlung nur am Packband beziehungsweise später an den Maschinen ein Thema oder auch in anderen Bereichen?

Auch anderswo. Es gab beispielsweise eine Kollegin, die stand am Packband. Sie war aber ausgebildete Schlosserin. Also haben wir ihr geholfen, in die Schlosserei zu wechseln. Doch dort wurde sie zunächst weiterhin nicht in eine höhere Tarifgruppe einsortiert. Irgendwann dann schon, aber sie bekam weiterhin nicht die gleiche außertarifliche Zulage wie die Männer, so unter dem Motto, sie könne eben nicht so schwer arbeiten wie ein Mann. Irgendwann sah der Werksleiter sie dann unter einem Ofen liegen und schrauben. Und sagte später ganz fassungslos zu mir: „Frau Haase, die lag unter dem Ofen und der männliche Kollege hat ihr die Schraubenschlüssel gereicht“. Das war für ihn ein Aha-Erlebnis: Frauen können das auch. Seitdem kriegt sie auch die gleiche außertarifliche Zulage wie die Männer. In der Bäckerei war es 2010 auch noch so: Eine Frau ohne Bäcker Ausbildung landete automatisch als Packerin in Tarifgruppe A, ein Mann ohne Bäcker Ausbildung dagegen als Produktionshelfer in Tarifgruppe D.

Das kam also nicht als großer Knall, sondern schrittweise?

Ja, es war ein langer Weg. Man braucht Beharrlichkeit. Man muss auch mal Rückschläge wegstecken und trotzdem weitermachen. Man muss dranbleiben, das Ziel vor Augen behalten, sonst hat man verloren. Wir haben seit 2010 beispielsweise jedes Jahr den Tag der Entgeltgleichheit in der Kantine gefeiert, etwa indem wir Informationsblätter verteilt, Filme gezeigt und als Betriebsrat und mit externen Gästen einen Rundgang durchs Werk gemacht haben. Wir haben das Thema in je-

ging es bei dieser Auseinandersetzung?

Die Leitung der Verpackungsanlagen ist nicht mehr so leicht. Wir wollten daher eine höhere Eingruppierung erreichen. Die Richter sah zwar unseren Punkt, sagte aber, sie könne das nicht entscheiden, da der Tarifvertrag einfach zu alt ist. Sie empfahl eine außergerichtliche Einigung. Wir hatten da gerade eine neue Personalleitung. Und haben mit ihr eine Zulage für die Anlagenleitung ausgehandelt, deren Höhe sich an der Anzahl der beaufsichtigten Maschinen bemisst. Es hängt viel von Personen ab – die neue Personalleitung war verhandlungsbereit, die alte nicht.

Sie haben mehrfach den veralteten Tarifvertrag erwähnt. Können Sie das etwas näher erläutern?

Der Tarifvertrag der Süßwarenindustrie stammt aus dem Jahr 1987. Da werden Tätigkeiten beschrieben wie Stenotypistin oder Lockkartenstanzer, die gibt es heute gar nicht mehr. Viele Tätigkeiten, die heute wichtig sind, finden sich dort aber natürlich auch nicht wieder. Und dadurch ist es schwierig, dafür die richtige tarifliche Eingruppierung durchzusetzen.

Gibt es denn keine Versuche, diesen Tarifvertrag zu modernisieren?

Doch natürlich. Von 2014 bis 2018 gab es Verhandlungen der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten und der Arbeitgeber, um einen neuen Tarifvertrag zu erarbeiten. Daran war ich beteiligt. Im Jahr 2018 gab es dann einen Entwurf. In zehn Betrieben wurde das Ganze getestet. Danach haben die Arbeitgeber die weitere Umsetzung blockiert. Sie befürchteten eine Kostenlawine. Denn sehr viele Süßwarenbetriebe haben immer noch viele Beschäftigte in Tarifgruppe A. Das wäre mit einem neuen Tarifvertrag nicht mehr haltbar. Im vergangenen Jahr haben wir erneut verhandelt, aber durch Corona liegt momentan alles auf Eis.

Sie sind ja nicht nur Betriebsratsvorsitzende im Werk Varel, sondern auch Gesamtbetriebsratsvorsitzende bei Bahlsen. Wie sieht es in den anderen Werken aus?

Bahlsen hat drei Werke. Varel ist sicherlich Vorreiter. Hier gibt es keine Beschäftigten mehr in Tarifgruppe A oder B, es fängt mit C an. Bei der Einstellung wird bei der Eingruppierung nicht mehr nach Geschlecht, sondern nur noch nach Tätigkeit unterschieden. In den anderen Werken gibt es teilweise noch Tarifgruppe B, die sind noch nicht ganz so weit.

Ist der Kampf für gleiche Gehälter für Sie beendet? Oder geht er weiter?

Der Kampf ist ist noch nicht beendet, wir haben noch viel vor. Als nächstes wollen wir uns die Maschinenbediener beziehungsweise Maschinenführer vornehmen, die alle Maschinen im Werk führen oder bedienen können, denn Flexibilität muss sich bezahlt machen.

Interview: Nina Luttmner

Regel zur Kurzarbeit verlängert

Beschäftigte bekommen weiterhin erhöhte Sätze

Auch im nächsten Jahr bekommen Beschäftigte, die länger als drei Monate auf Kurzarbeit sind, ein erhöhtes Kurzarbeitergeld. Der Bundestag hat die entsprechende Sonderregelung in der Corona-Krise am Freitag bis Ende nächsten Jahres verlängert. Das Gesetz zur Beschäftigungssicherung muss abschließend noch durch den Bundesrat, der bereits deutlich gemacht hat, dass er keine Einwände gegen die Verlängerung hat.

Die Regelung sieht vor, dass Kurzarbeitergeld auch weiterhin ab dem vierten Bezugsmonat von seiner üblichen Höhe, nämlich 60 Prozent des Lohns, auf 70 Prozent erhöht wird – für Berufstätige mit Kindern von 67 auf 77 Prozent. Ab dem sieb-

ten Monat in Kurzarbeit soll es weiterhin 80 beziehungsweise 87 Prozent des Lohns geben. Profitieren sollen davon alle Beschäftigten, die bis Ende März 2021 in Kurzarbeit geschickt werden. Minijobs bis 450 Euro bleiben zudem bis Ende 2021 generell anrechnungsfrei.

Kosten: 18 Milliarden Euro

Die Bestimmungen sollten ursprünglich zum Jahresende auslaufen. Die Regierung geht aber noch nicht von einer Entspannung der Situation aus, wie sie in der Begründung zu ihrem Gesetzentwurf schreibt.

Nach aktuellen Zahlen der Bundesagentur für Arbeit (BA) hatten Betriebe im August für

rund 2,6 Millionen Menschen Kurzarbeit angemeldet. Auf dem Höhepunkt der ersten Coronawelle im April waren es knapp sechs Millionen.

Die Summen, die in der Corona-Krise bisher für das Kurzarbeitergeld ausgegeben wurden, bezifferte Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) am Freitag auf rund 18 Milliarden Euro. Das Instrument sei „sehr, sehr teuer“, sagte der SPD-Politiker im Bundestag. „Aber die Gewöhnung an Massenarbeitslosigkeit wäre finanziell und sozial für dieses Land ungemein teuer“, fügte er hinzu.

Ein Sprecher der Bundesagentur für Arbeit sprach auf Nachfrage sogar von 19,4 Milliarden Euro. dpa

Wächst die Armut?

Im vergangenen Jahr ging es hierzulande deutlich mehr Menschen finanziell schlecht, sagen neue Daten. Doch die sind umstritten

VON HANNES KOCH

Ein wirtschaftlich gutes Jahr war 2019 eigentlich. Doch am Freitag erklärte der Paritätische Gesamtverband, dass die Armutsquote erneut gestiegen sei. 15,9 Prozent der in Deutschland lebenden Personen – 13,2 Millionen Menschen – seien arbeitslos oder arbeitsgefährdet. „Ein neuer Rekordwert – der höchste seit der Wiedervereinigung“, betonte Verbandschef Ulrich Schneider. Das Statistische Bundesamt hat diese Zahl ebenfalls veröffentlicht. Eine andere Erhebungsmethode der Behörde zeigt allerdings das gegenteilige Ergebnis. Demnach ist die Armutsgefährdungsquote 2019 auf 14,8 Prozent zurückgegangen.

Diese Zahlen bilden die neueste Fortsetzung einer langen Debatte. Seit den unternehmerfreundlichen Reformen ab den 1980er Jahren und der Einführung von Hartz IV in den 2000er Jahren deutete viel darauf hin, dass die Armut zunahm. In den vergangenen Jahren gab es jedoch positive Zeichen. Der Mindestlohn machte sich bemerkbar. Auch die niedrigsten Einkommensgruppen profitierten von Wirtschaftsaufschwung. Dass die Armutsquote 2018 sank, räumte auch der Paritätische Sozialverband ein.

Dann sei sie 2019 aber wieder gestiegen – „wir leben in einem sozial zerrissenen Land“, sagte Schneider. Wobei die Lage regional sehr unterschiedlich ist. Im reichen Bayern und Baden-Württemberg liegen die Quoten bei gut zehn Prozent, während sie in Berlin und Sachsen-Anhalt fast 20, in Bremen sogar 25 Prozent betragen. Hessen liegt mit dem neuen Höchstwert von 16,5 Prozent dazwischen.

Ein „besonderes Problem“ habe Nordrhein-Westfalen mit dem Ruhrgebiet, so Schneider. Dort lebten 21,4 Prozent, über eine Million Menschen, in Armut. Und die Corona-Krise wer-

de diesen Trend wohl beschleunigen.

Die Armutsquote von 15,9 Prozent 2019 findet sich auch auf den Internetseiten des Statistischen Bundesamtes. Sie beruht auf einer Erhebung, die Mikrozensus heißt. 750.000 Menschen in allen Bundesländern sind verpflichtet, daran teilzunehmen. Die EU-weite Erhebung EU-SILC, an der hierzulande 24.000 Leute freiwillig teilnahmen, hat dagegen die niedrigere Armutsquote von 14,8 Prozent ermittelt. Gegenüber 2018 ist sie demnach gesunken, nicht gestiegen wie beim Mikrozensus.

Seit 2016 sinkt die Zahl der Hartz-IV-Empfänger:innen

Experten des Statistischen Bundesamtes erklärten die widersprüchlichen Ergebnisse mit den unterschiedlichen Methoden der beiden Untersuchungen. Welche die Realität besser abbildet, sagen sie nicht. Eine Erklärung für die höhere Armut im Mikrozensus könnte darin liegen, dass die Einkommen der bundesdeutschen Bevölkerung während der

vergangenen Jahre insgesamt teilweise deutlich wuchsen. Damit steigt auch die Armutsgrenze, denn sie liegt bei 60 Prozent des mittleren Haushaltsnettoeinkommens der Gesamtbevölkerung. Durch diese relative Betrachtung rutschen möglicherweise mehr Leute unter diese Grenze, obwohl sich ihre persönliche Situation verbessert haben kann.

Markus Grabka vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) fand den Befund der steigenden Armutsquote „überraschend“. Er verwies darauf, dass die Quote derjenigen, die Hartz IV beziehen, seit 2016 Jahr für Jahr sinkt. Vor Corona sei auch die Kinderarmut zurückgegangen und die Zahl der Beschäftigten gewachsen, ebenso wie die Realeinkommen.

An die vermeintlich höhere Armutsquote knüpft der Paritätische Verband die Forderung, die Grundsicherung von pro Kopf 446 Euro monatlich auf 644 Euro anzuheben, die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I auf 36 Monate auszudehnen und eine existenzsichernde Kindergrundsicherung einzuführen.



Gabenzaun mit Spenden für Bedürftige in Berlin.

Appdate

Als ich klein war, hat meine Mutter fast alle Kleider für uns Kinder und auch einige ihrer eigenen selbst genäht. Dabei war dann immer der ganze Essstisch übersät mit Stoffen, Schnittmustern und Zuschnitten aus Packpapier, mit denen sie die Muster auf die Stoffe übertragen hat. Mein Bruder und ich haben uns damals schon gefragt, ob das nicht einfacher geht – aber ich habe später näher auch mit Papier gelernt. Die App Patterina nutzt Augmented Reality, so dass Schnittmuster ohne Abpausen direkt auf dem Stoff erscheinen. Im Test bei mir kam die App gut an – meiner Mutter fehlt eine Möglichkeit, die verschiedenen Teile auf dem Stoff so zu arrangieren, dass möglichst wenig verschwendet wird. Und sie wünscht sich, dass Patterina auch mit alten Schnittmustern funktioniert. 1984 bleibt nämlich ein Vogue! <https://www.patterina.de>

Victoria Wenzelmann, Mitgründerin des GIG-Netzwerks, scannt für die FR das Netz.

„Wir sind über diesen massiven Angriff auf die Reputation unserer Unternehmen zu tiefst erschrocken“

Zitat aus einem Brief der Chefs von Edeka, Rewe, Aldi und Lidl an Kanzlerin Angela Merkel. (CDU). Darin beschweren sie sich darüber, dass Ernährungsministerin Julia Klöckner (CDU) gesagt hat, kleine Lieferanten würden von ihnen dazu genötigt, unfaire Bedingungen zu akzeptieren.

Grüne Wette Tarkett

Bodenständiger als das Geschäft von Tarkett geht es nun wirklich nicht: Das französische Unternehmen produziert und verkauft schließlich Bodenbeläge – und achtet dabei auf geschlossene Kreisläufe, Recycling und die Verwendung von Materialien, die unbedenklich sind für die Gesundheit. Deswegen ist das Unternehmen im Nachhaltigkeitsindex GCX gelistet. Seit dem allgemeinen Kurssturz im März ist es für das Unternehmen an der Börse nicht besonders gut gelaufen. Doch seit der Vorlage überzeugender Quartalszahlen Ende Oktober geht es aufwärts. Nun hat die Aktie (WKN: A1W7CM) binnen sieben Tagen fast ein Fünftel an Wert gewonnen und liegt wieder auf dem Niveau von November 2020. Analysten der Großbank HSBC zeigten sich angetan von der Geschäftsentwicklung und sprachen diese Woche eine Kaufempfehlung aus. db Börse Seite 19